

N I E D E R S C H R I F T

über die Sitzung **des Rates** der Stadt Burgdorf am **27.08.2009** im Ratssaal des Schlosses,
Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf,

16.WP/Rat/023

Beginn öffentlicher Teil: 19:04 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 21:03 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 21:00 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 21:05 Uhr

Anwesend: Bürgermeister

Baxmann, Alfred

Ratsvorsitzender

Walter, Klaus-Dieter

1. stellv. Bürgermeisterin

Weilert-Penk, Christa

2. stellv. Bürgermeister

Unverzagt, Hartmut

Ratsherren/-frauen

Alker, Rudolf
Braun, Hartmut
Brönnemann, Alfred
Degenhard, Walter
Ethner, Regina
Gilke, Anette
Heldt, Gabriele
Hinz, Gerald
Hunze, Carl
Leppert, Florian
Leykum, Maria
Lüddecke, Dieter
Meinig, Birgit
Morich, Hans-Dieter
Pilgrim, Adolf-W.
Plaß, Barthold
Rickert, Heidrun
Rohde, Paul
Rück, Stefanie
Schulz, Kurt-Ulrich
Wackerbeck, Ursula
Weber, Ulrike
Zielonka, Holger Dr.

Verwaltung

Dipl.-Ing.
Controller
Stadtrat

Frommelt, Danielle
Kauter, Theo
Philipps, Lutz

Dipl.-Oec.
Erster Stadtrat
Baurat
Stadtinspektorin
Stadtoberamtsrat

Scholz, André
Strecker, Dagobert
Trappmann, Hendrik
Vitt, Silke
Voutta, Jens

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen des Rates am 19. Mai und 11. Juni 2009
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Aktuelle Aussprache zum Thema "Verkehrliche Situation der Ortschaft Otze"
Vorlage: 2009 0590
- 4.1. Freigabe der Straße am Spargelfeld für den PKW- und Landwirtschaftlichen Verkehr
- Antrag der CDU-Fraktion vom 20. August 2009 -
Vorlage: 2009 0589
5. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
6. Entlastungserteilung für den Verwaltungsrat der Stadtparkasse Burgdorf; Geschäftsjahr 2008
Vorlage: 2009 0580
7. Erstellung eines kommunalen Klimaschutz-Aktionsprogramms (KAP)
Vorlage: 2009 0561
8. Aufhebung der Satzung über den Schutz der Landschaftsbestandteile vom 11.02.1982 (LB-H 1) - Bezugsvorlage 2009 0523
Vorlage: 2009 0570
9. Überplanmäßige Ausgabe, Zahlung von Gastschulbeiträgen
Vorlage: 2009 0557
10. Überplanmäßige Ausgabe Wohngeld
Vorlage: 2009 0578
11. Abrechnung von straßenbaulichen Maßnahmen - Aufwandspaltung (Teileinrichtung) / Abschnittsbildung
Vorlage: 2009 0564

12. Berichtswesen:
hier: Unterrichtung des Rates über Verträge mit Rats-, Ortsrats- und sonstigen Ausschussmitgliedern sowie dem Bürgermeister und
Geschäfte der laufenden Verwaltung
Vorlage: 2009 0577
13. Erarbeitung eines Konzeptes zur Fortentwicklung des Radwegenetzes in der Stadt Burgdorf
- Antrag der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 19. Juli 2009 -
Vorlage: 2009 0566

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

(Vor Beginn der Tagesordnung im „Öffentlichen Teil“)

Die Fragen und Antworten sind dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Walter eröffnete die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden, insbesondere den Ehrenratsherrn Karl-Heinz Meyer sowie Herrn Korte von der Presse.

Herr Walter teilte mit, dass Frau Gersemann, Frau Prof. Dr. Dr. Wunn, Herr Schrader, Herr Obst, Herr Gärtner sowie Herr Fleischmann entschuldigt fehlen.

Im Anschluss stellte **Herr Walter** die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Hunze stellte den Antrag, den TOP 14 als TOP 4.1 zu behandeln, da hier ein direkter Zusammenhang bestehe.

Beschluss:

Die geänderte Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen.

2. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen des Rates am 19. Mai und 11. Juni 2009

Beschluss:

Die Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 19.05.2009 wurde einstimmig genehmigt.

Die Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 11.06.2009 wurde einstimmig genehmigt.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Es wurden keine Mitteilungen seitens der Verwaltung vorgetragen.

Herr Walter gratulierte den Ratsmitgliedern, die seit der letzten Ratssitzung ihren Geburtstag feiern konnten.

**4. Aktuelle Aussprache zum Thema "Verkehrliche Situation der Ortschaft Otze"
Vorlage: 2009 0590**

Herr Leppert erläuterte zunächst die verkehrliche Situation der Ortschaft Otze aufgrund der Brückenbauarbeiten. Man wolle nicht die Notwendigkeit der Maßnahmen im Rahmen der Erstellung der Brücke in Frage stellen, es gehe vielmehr um den Umgang mit den Bürgern, den Geschäftstreibenden sowie den Besuchern der Ortschaft. Es gehe auch nicht um den Vorwurf, dass sich die Maßnahme an sich verlängert habe. Es gehe um die Art und Weise, wie dies geschehen sei.

Im April sei bereits als Alternative für den Radverkehr der Weg „Demmoor“ vorgeschlagen worden. Der Straßenverkehrsbehörde seien jedoch die „Schlaglöcher“ auf diesem Weg zu groß gewesen, obwohl dieser Weg im Verkehrswegegesetz der Region Hannover als „Radtour rund um Burgdorf“ ausgewiesen werde. Die Strecke sei der Stadt aber zu unsicher und daher nicht als offizielle Umleitung für Radfahrer ausgewiesen worden. Er habe manchmal den Eindruck, dass von Seiten der Stadt Alternativen nicht wirklich gewünscht worden seien.

Aufgrund der derzeit herrschenden Situation müsse von allen Seiten die Bereitschaft für das Eingehen von Kompromissen bestehen. Dies bedeute aber auch, dass der sicherheitsbewusste Radfahrer diese Kompromisse auch eingehen müsse. Er frage sich, warum es nicht möglich sei, den Umweg über „Kronsberg“ und die Ortschaft Schillerslage zu nehmen. Weiterhin frage er sich, welche Gründe gegen eine Einbahnstraßenregelung auf der Straße „Spargelfeld“ sprächen, um die Ortschaft Otze wieder an die Kernstadt anzuschließen.

Herr Leppert bemängelte, dass auch von Seiten der Region Hannover kein Zeichen eines Kompromisses oder eines Ausgleiches erfolgt sei.

Abschließend erklärte **Herr Leppert**, die jetzige Situation sei auf eine Vielzahl von Faktoren und Einflüssen zurückzuführen. Sein Appell richte sich daher an diejenigen, die über Entlastungen für die Ortschaft Otze entscheiden könnten. Man möge wirkliche Entlastungen und Kompromisse für die Ortschaft Otze herbeiführen. Diesbezüglich bitte er auch um eine entsprechende Kommunikation. Auch wenn bestimmte Maßnahmen nicht durchführbar seien, müsse man die Ablehnung vernünftig begründen.

Herr Hunze erklärte, er bedauere es, dass es nicht möglich gewesen sei,

die Problematik gemeinsam vor Ort zu lösen. Nachdem der Kompromiss im Rahmen der Sitzung des VA am 25.08.2009 beschlossen worden sei, habe er am nächsten Tage der Presse entnommen, dass ein Baustopp zu erwarten sei. Er habe daraufhin bei der Region Hannover angefragt, wann die Stadt Burgdorf über diesen Baustopp informiert worden sei. Daraufhin habe man ihm erklärt, dies könne man nicht genau sagen, es habe eine Vielzahl von Telefongesprächen gegeben. Diese Aussage habe ihn aufhorchen lassen.

An Herrn Hunze gerichtet, erklärte **Herr Baxmann** sodann, er sei erst am heutigen Tage informiert worden.

Herr Hunze erklärte sodann, die CDU-Fraktion beantrage, dass der Bürgermeister darauf hinwirke, die Straße „Spargelfeld“ für den PKW-Verkehr freizugeben. Dem Radverkehr sei es zuzumuten über den Weg „Kronsberg“/ „Rapsfeld“ und den Weg „Demmoor“ zu fahren. Für die Befestigung des Weges „Demmoor“ seien die Otzer Bürgerinnen und Bürger auch bereit, das benötigte Mineralgemisch für den Bodenbelag einzubringen und zu verdichten. Es gehe letztlich um die Verbindung zwischen den Ortschaften und der Kernstadt. Er appelliere daher nochmals, die Straße „Spargelfeld“ für den PKW-Verkehr freizugeben und die Radfahrer über den Weg „Demmoor“ und „Kronsberg“ zu leiten. Des Weiteren könnten die Schülerinnen und Schüler auch für die restliche Zeit mit dem Bus zur Schule fahren.

Herr Lüdecke erklärte, nach Auskunft der Region Hannover vom heutigen Tage solle die Brücke nunmehr in der letzten Septemberwoche freigegeben werden. Zumindest werde eine Fahrspur freigegeben, so dass mittels einer Bauampel der Verkehr zunächst einspurig über die Brücke geführt werden könne.

Die Stadt habe hinsichtlich der Gesamtsituation so gehandelt, wie man es von anderen Verkehrsproblemen bereits gewohnt sei, nämlich äußerst bürokratisch. Die Stadt Burgdorf könne die Straße „Spargelfeld“ ferner in ihrer Funktion als untere Verkehrsbehörde sperren und auch freigeben. Die Region sei für diese Entscheidung nicht zuständig. Wenn man wolle, dass die Ortschaft Otze erreichbar sei und auch der Einzelhandel weiter Umsatz machen könne, so müsse man eine Lösung finden. Diese Lösung könne nur dahingehend gestaltet werden, die Straße „Spargelfeld“ sofort in beide Richtungen freizugeben. Für die Einhaltung der Verkehrssicherheit müsse die Verwaltung Sorge tragen. Diesbezüglich müsse man über sinnvolle Alternativen nachdenken. Priorität habe jedoch die Erreichbarkeit der Ortschaft Otze mit dem PKW. Die FDP-Fraktion unterstützte daher den Antrag der CDU-Fraktion.

Herr Dr. Zielonka, wies darauf hin, dass auch in der Zukunft noch viele Straßenbaumaßnahmen zu erwarten seien, welche wiederum zu Beeinträchtigungen führen würden. Am Beispiel der Ortschaft Otze habe er zu bemängeln, dass die Bürgerinnen und Bürger der Ortschaft Otze und auch der Ortsrat nicht genügend ernst genommen worden seien. Als bekannt geworden sei, dass die Straße aufgrund der Brückenbauarbeiten gesperrt werden müsse, habe der Ortsrat der Ortschaft sofort nach Lösungsmöglichkeiten gesucht. Man habe ferner eine zusätzliche Ortsratsitzung einberufen, in dessen Rahmen man sich auch mit der verkehrlichen Situation befasst habe. An dieser Sitzung habe auch ein Vertreter der Region Hannover teilgenommen.

Herr Dr. Zielonka bemängelte ferner, dass der Leiter der Straßenverkehrsbehörde nach seinem Kenntnisstand an keiner Sitzung des Fachaus-

schusses für Umwelt und Verkehr und auch nicht an der zusätzlichen Sitzung des Ortsrates teilgenommen habe. Auch er sehe deutliche Schwächen im Rahmen der Kommunikation von Seiten der Verwaltung.

Frau Weilert-Penk wies darauf hin, dass sich alle Vorredner für die Öffnung der Straße „Spargelfeld“ für den PKW-Verkehr ausgesprochen hätten. Im Rahmen der Sitzung des Verwaltungsausschuss habe man lange über einen Kompromiss beraten. Man müsse bedenken, dass die auf dieser Straße fahrenden Fahrradfahrer die „schwächste Gruppe“ seien. Die Ratsmitglieder seien daher aufgefordert, den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu wahren. Selbstverständlich sei die Ortschaft Otze auch aus der Südstadt kommend sowohl über die Ortschaft Weferlingsen als auch über die Ortschaft Schillerslage zu erreichen. Einige Autofahrer würden dies nicht genügend zur Kenntnis nehmen und vielleicht sei es ihnen auch zu un bequem, diese Umwege zu fahren. Darunter würden die Bürgerinnen und Bürger der Ortschaft Otze wie auch der Einzelhandel leiden. Ihre Sorge sei jedoch, dass man von den schwächsten Verkehrsteilnehmern erwarte, dass sie ggf. gar nicht mit dem Fahrrad fahren, sondern auf die öffentlichen Verkehrsmittel umsteigen, während man umgekehrt davon ausgehe, dass es Autofahrern nicht möglich sei, einen Umweg zu nehmen. Sie verwies in diesem Zusammenhang auf das Vorliegen von zwei tödlichen Verkehrsunfällen in der Vergangenheit. Die Ratsmitglieder seien daher gemeinsam aufgefordert zu prüfen, welche Möglichkeiten es gebe. Sie sei der Ansicht, dass die schwächsten Verkehrsteilnehmer am stärksten zu berücksichtigen seien. Bei den schwächsten Verkehrsteilnehmern handele es sich um Kinder- und Jugendliche, welche sich auf dem Fahrrad fortbewegten.

Abschließend erklärte **Frau Weilert-Penk**, sie plädiere für die Aufrechterhaltung des im Verwaltungsausschuss beschlossenen Kompromisses.

Herr Pilgrim wies eingangs darauf hin, dass es entgegen dem Empfinden des Herrn Hunze nicht der Fall sei, dass die Ortschaft Otze von der Kernstadt separiert sei. Dies sei auch von niemandem beabsichtigt worden. In Vorbereitung der Ratsitzung habe er die Ortschaft Otze in der vergangenen Woche zweimal mit dem PKW aufgesucht. Dabei habe er festgestellt, dass der Ort einen „ausgestorbenen Eindruck“ gemacht habe. Auch er sei der Ansicht, dass die Auswirkungen auf die Geschäftstreibenden enorm seien. Auf der anderen Seite sei man jedoch verpflichtet, die Schulwege entsprechend verkehrssicher zu gestalten. Man könne die Schülerinnen und Schüler auch nicht zwingen den Bus zu nehmen. Das Ergebnis des Handelns der Stadt könne es jedoch nicht sein, dass die Geschäftstreibenden an den Rand der Existenz gedrängt werden.

Herr Aiker erklärte, er wolle drei Punkte ansprechen. Zunächst begrüße er es, dass ein Thema, welches eine Ortschaft betreffe, im Rahmen einer Aktuellen Aussprache diskutiert werde. So werde klar gestellt, dass sich der Rat nicht nur mit den Problemen der Kernstadt befasse.

Weiter erklärte Herr **Aiker**, auch er habe mit dem zuständigen Sachbearbeiter bei der Region Hannover Kontakt aufgenommen. Dieser habe ihm gegenüber deutlich erklärt, dass die Verwaltung selbst von dem Zustand der Brücke massiv überrascht worden sei. Die Schuldfrage sei jedoch nicht bei der Region Hannover zu suchen. Er habe Hochachtung davor, mit welcher Stetigkeit und mit welcher Geduld der zuständige Sachbearbeiter bei der Region Hannover die eingehenden Anrufe bezüglich dieser Thematik stets beantwortete habe. In diesem Zusammenhang frage er sich, warum der Leiter der Straßenverkehrsabteilung der Stadt Burgdorf nicht an der

Sitzung des Rates teilnehme.

Ferner sei es anscheinend der Fall, dass trotz der Sperrung der Straße „Spargelfeld“ die Straße durch die Verkehrsteilnehmer genutzt werde.

Herr Rohde verwies auf § 16 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Rat, den VA, die Ausschüsse des Rates, die aufgrund besonderer Rechtsvorschriften gebildeten Ausschüsse sowie die Ortsräte der Stadt Burgdorf. Demnach sei die Redezeit im Rahmen einer aktuellen Aussprache für jedes Ratsmitglied auf fünf Minuten begrenzt. Die aktuelle Aussprache dürfe höchstens 30 Minuten andauern. Diese Zeit sei bereits erheblich überschritten. Des Weiteren dürften keine neuen Gesichtspunkte mehr zu erwarten sein.

Herr Walter wies Herrn Rohde darauf hin, dass Herr Hunze zu Beginn der Sitzung des Rates beantragt habe, den TOP 14 unter dem TOP 4.1 zu behandeln, da ein direkter Zusammenhang zu der aktuellen Aussprache bestehe. Der geänderten Tagesordnung sei einstimmig zugestimmt worden.

Frau Leykum schloss sich der Ansicht von Frau Weilert-Penk an, dass es nicht angehen könne, dass Radfahrer Verschlechterungen hinnehmen müssten. In Anbetracht dieser Situation sei sie jedoch der Ansicht, dass man einen Kompromiss finden müsse. Die Freigabe der Straße „Spargelfeld“ sei nur sinnvoll unter Zugrundelegung eines Tempolimits von 30 km/Stunde. Weiterhin müsse sichergestellt sein, dass der Weg für die Radfahrer verkehrssicher sei. Diese Punkte müssten ihrer Ansicht nach vorab geklärt und in die Tat umgesetzt werden.

An Frau Weilert-Penk gerichtet wies **Herr Lüddecke** darauf hin, man wolle die Radfahrer nicht benachteiligen, sondern lediglich eine Lösung für die Ortschaft Otze finden. Man müsse jedoch Prioritäten setzen. Wenn man die Ortschaft mit dem PKW nur über die Straße „Spargelfeld“ erreiche, dann müsse die Straße auch für PKW freigegeben werden. In Folge dessen sei es Aufgabe der Verwaltung die Verkehrssicherheit herzustellen. Diese müsse geeignete Lösungen für die PKW und die Radfahrer finden.

Herr Braun schlug vor, man könne zur Sicherheit der Kinder die Bürger der Ortschaft miteinbeziehen, indem sich zum Schutz der Kinder jemand bereit erkläre, diese ab und zu auf ihrem Schulweg zu begleiten.

Herr Unverzagt teilte mit, er halte die Einwände von Frau Weilert-Penk durchaus für berechtigt. Er finde es unmöglich, dass Frau Weilert-Penk dafür verantwortlich gemacht werde, dass es möglicherweise nicht zu einer einstimmigen Entscheidung zu dem TOP 4.1 komme. Die Autofahrer würden auf der Straße „Spargelfeld“ erheblich zu schnell fahren. Im Falle der Öffnung der Straße „Spargelfeld“ müsse ein Tempolimit von 30 km/Std. sichergestellt und die Einhaltung mittels eines Messgerätes überprüft werden. Bei Überschreiten der Höchstgeschwindigkeit müsse zudem sofort ein entsprechendes Bußgeld verhängt werden. Er begrüße den Vorschlag des Herrn Hunze für die Schüler einen getrennten Radweg auszuweisen und die Straße „Spargelfeld“ nur für den PKW-Verkehr freizugeben. Dies halte er für einen guten Kompromiss, den man akzeptieren könne.

Herr Baxmann erklärte, der Verwaltung werde stets vorgehalten, sie habe nicht die notwendige bürokratische Sorgfalt walten lassen, wenn „das Kind in den Brunnen gefallen sei“. Andererseits werde die Verwaltung wegen ihrer „mangelnden Flexibilität“ gerügt, solange eine Entscheidung vermeintlich offen sei. Dahingegen sei es das Privileg der Politik, dass diese

letztlich keine Verantwortung übernehmen müsse, zumindest nicht im vorliegenden Falle. **Herr Baxmann** erklärte weiter, er werde die Politik jedoch in diesem Fall in die Verantwortung nehmen. Der Rat könne durchaus beschließen, den Bürgermeister zu beauftragen, die Straße am „Spargelfeld“ für den PKW zu öffnen. Dies sei rechtlich sehr wohl möglich. Er weise jedoch ausdrücklich darauf hin, dass dies gegen seinen Willen geschehe. Weiterhin erklärte **Herr Baxmann**, er nehme die Ratsfrauen und Ratsherren im Rahmen der Öffnung der Straße „Spargelfeld“ in die Verantwortung, wenn Schulkinder den Weg mit dem Fahrrad nutzen und in Folge des nunmehr möglichen PKW-Verkehrs ein Unfall geschehe. **Herr Baxmann** verdeutlichte, dass er die Verantwortung hierfür nicht übernehmen werde. Ferner weise er im Falle der Ausweisung des Weges „Demmoor“ als offiziellem Weg für die Nutzung durch die Radfahrer auf die bestehende Verkehrssicherungspflicht hin. Zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit sei es nicht ausreichend, etwas Mineralgemisch auf den Weg aufzubringen. Im Falle eines Unfalles aufgrund der Beschaffenheit des Weges könne die Stadt hierfür haftbar gemacht werden.

Ferner wies **Herr Baxmann** darauf hin, dass es nicht Aufgabe der Straßenverkehrsbehörde sei, sich im Rahmen der Ratssitzung oder im Fachausschuss für Umwelt und Verkehr zu rechtfertigen. Die Straßenverkehrsabteilung sei der Tiefbauabteilung zugehörig. Frau Frommelt von der Tiefbauabteilung sei stellvertretend für Herrn Herbst für diesen Bereich zuständig und stehe für Fragen zu diesem Thema im Rahmen der Ratssitzung zur Verfügung.

Herr Baxmann erklärte weiter, er möge zur Kenntnis genommen wissen, dass die Straßenverkehrssicherungspflicht zum Teil bis in den Bereich der persönlichen strafrechtlichen Verantwortung reiche. Er sei nicht bereit die persönliche strafrechtliche Verantwortung für die Öffnung der Straße „Spargelfeld“ für den PKW-Verkehr und die Öffnung des Weges „Demmoor“ für den Radverkehr zu übernehmen.

Abschließend erklärte **Herr Baxmann**, es gebe Entscheidungen, welche man seinem „ärgsten Feind“ nicht wünsche. Die Freigabe der Straße „Spargelfeld“ sei eine solche Entscheidung. Zwar sei die Sperrung für die Geschäftsleute in der Ortschaft Otze eine schwere Belastung, aber gleichzeitig seien in diesem Jahr bereits zwei tödliche Fahrradunfälle in der Stadt zu verzeichnen gewesen. Wenn der Rat die Verantwortung für die Öffnung dieser „unübersichtlichen Rennstrecke“ übernehme, werde dieser Beschluss jedoch von Seiten der Verwaltung sofort umgesetzt.

Herr Hunze erklärte, die Kernstadt sowie die umliegenden Ortschaften seien eine Einheit. Er erwarte daher, dass diese Einheit im ganzen getragen werde. Es müsse daher gemeinsam eine Lösung gefunden werden. Herr Baxmann könne sich diesbezüglich nicht einfach aus seiner Verantwortung ziehen.

Herr Baxmann erläuterte, dass er sich nicht aus der Verantwortung stellen, sondern seine Verantwortung lediglich angemessen benennen wolle. Er schlage vor, die Stadt gestalte den Weg „Demmoor“ unverzüglich in der Form aus, dass er den verkehrsrechtlichen Vorgaben für eine Umleitung entspreche. Diesbezüglich biete er für den folgenden Tag einen Ortstermin an, um den Weg „Demmoor“ zu begehen und zu prüfen, welche Arbeiten zur Sicherstellung der Verkehrssicherheit notwendig seien.

Herr Dr. Zielonka erklärte, der Ortschaft sei mit einem solchen Ortster-

min nicht geholfen.

Herr Leppert schlug als Ausweichroute für den Radverkehr die Straße „Kronsberg“/„Rapsfeld“ vor. Dieser Weg sei ausgebaut und sicher, so dass rechtlich keine Probleme zu erwarten seien.

Zu dem Vorschlag von Herrn Leppert wies **Frau Frommelt** darauf hin, dass die umwegempfindlichsten Verkehrsteilnehmer die Fußgänger und die Radfahrer seien. Insbesondere die Schulkinder seien zu schützen. Die Schulkinder rd. 1,5 km über einen Umweg zu schicken, werde daher als nicht sinnvoll erachtet.

4.1. Freigabe der Straße am Spargelfeld für den PKW- und Landwirtschaftlichen Verkehr
- Antrag der CDU-Fraktion vom 20. August 2009 -
Vorlage: 2009 0589

- siehe TOP 4 -

Beschluss:

Der Bürgermeister nahm an der Abstimmung nicht teil.

Der Rat fasste mit 21 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen sowie 2 Stimmenthaltungen folgenden Beschluss:

„Der Bürgermeister wird beauftragt, die vorliegende straßenverkehrsbehördliche Anordnung aufzuheben und die Straße „Spargelfeld“ für den PKW-Verkehr freizugeben. Für die Straße „Spargelfeld“ wird ein Tempolimit von 30 km/Stunde festgesetzt. Zur Kontrolle der Einhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzung wird ein mobiles Messgerät aufgestellt. Weiterhin wird der Bürgermeister beauftragt zu prüfen, ob der Weg „Demmoor“ im Rahmen der Durchführung geeigneter Maßnahmen für den Radverkehr befahrbar ist.“

5. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Herr Aiker verlas zunächst seine Anfrage vom 20.08.2009 hinsichtlich der Schülerzahlen in den Burgdorfer Schulen (siehe Anlage 2).

Herr Strecker verlas hierzu die Antwort der Abteilung Schule, Kultur und Sport. Die Antwort ist dem Protokoll als Anlage 3 beigefügt.

Herr Aiker verlas im Anschluss seine Anfrage vom 20.08.2009 hinsichtlich der Zahlung von Gastschulgeldern (siehe Anlage 4).

Herr Strecker verlas zu der vorgenannten Anfrage die Antwort der Abteilung Schule, Kultur und Sport. Die Antwort ist dem Protokoll als Anlage 5 beigefügt.

6. **Entlastungserteilung für den Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Burgdorf; Geschäftsjahr 2008**
Vorlage: 2009 0580

Herr Alker erklärte, man werde sich zukünftig vermehrt die Frage stellen müssen, wo man Haushaltsmittel einsparen könne und welche finanziellen Ressourcen für die Kommunen ausgeschöpft werden können. Man habe die Aufgabe, die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt zu sichern und in Verbindung damit beispielsweise die Bildungschancen bzw. das Bildungsniveau zu erhöhen. Er halte es daher für sinnvoll zu prüfen, welche finanziellen Ressourcen ausgeschöpft werden können. Dazu gehöre auch die Gewinnabführung der Stadtsparkasse. Wie auch in den Vorjahren liege ein Betrag im Geschäftsbericht von rd. 30.000,00 € vor. Die Stadtsparkasse habe sich in der Vergangenheit positiv entwickelt. Insofern dürfe die Frage gestattet sein, inwieweit diese 30.000,00 € ausreichen, um ausgeschüttet zu werden. Er wisse nicht genau, welche Summe rechtlich möglich wäre. Auf eine frühere Anfrage diesbezüglich habe man ihm bereits eine Summe mitgeteilt. Da der Bericht aus dem Geschäftsjahr 2008 ähnlich ausfalle, gehe er davon aus, dass die Summe sich nicht wesentlich geändert habe. Die Sparkasse Hannover habe einen Beschluss gefasst, der im Verhältnis zu der Gesamtsumme eine Ausschüttung von ca. 18,7 % vorsehe. Da es sich um ein größeres Institut handle, könne man diesbezüglich natürlich keinen direkten Vergleich ziehen. Die Sparkasse Burgdorf leiste sich jedoch, gerade mal 4 % für die Kommune auszuschütten. Insofern bitte er die Verwaltungsratsmitglieder darüber nachzudenken.

Herr Hunze gab zu Bedenken, dass die Stadtsparkasse Burgdorf ein wichtiger Kreditgeber sei. Wenn sich herausstelle, dass jenes Geld, welches nicht ausgeschüttet werde, der Kreditwirtschaft zur Verfügung gestellt werde, dann würde damit mehr Geld umgesetzt und wieder mehr Geld an die Stadt zurückfließen. Dies sei ein Gesichtspunkt, den man beachten sollte.

Herr Leppert bat zu dem Antrag von Herrn Alker zu überlegen ob, es demokratischer sei, wenn über die Verwendung von Geldern durch den Vorstand einer Stadtsparkasse entschieden werde oder durch einen demokratisch gewählten Rat.

Herr Rohde erklärte, diese Diskussion sollte nicht im Rahmen einer öffentlichen Ratssitzung geführt werden. Dies sei nicht der richtige Zeitpunkt und auch nicht der richtige Ort. Er sei der Ansicht, man solle den Verwaltungsrat entlasten. Ansonsten könne man diese Thematik im Rahmen einer Sitzung des Finanzausschusses oder im Rahmen einer Sitzung des Verwaltungsausschusses besprechen.

Herr Lüdecke gab noch einige Erläuterungen zu dem Redebeitrag des Herrn Alker. Abschließend erklärte er, die FDP-Fraktion werde dem Verwaltungsrat Entlastung erteilen.

Herr Hinz erklärte, es sei davon auszugehen, dass in der Zukunft mit weiteren finanziellen Engpässen zu rechnen sei. Es sei daher sicherzustellen, dass die hiesige Sparkasse genug Eigenkapital erwirtschaftete. Dies sei bisher auch gelungen. Man sollte daher nicht in Versuchung geraten, Gelder für den Haushalt der Stadt abzuzweigen, zumal die Stadt im Notfall nicht in der Lage sei, das notwendige Kapital aufzubringen.

Abschließend erklärte **Herr Hinz**, die Sparkasse Burgdorf habe gute Arbeit geleistet und das Ergebnis sei sehr zufriedenstellend. Die SPD-Fraktion werde daher dem Verwaltungsrat Entlastung erteilen.

Beschluss:

Herr Baxmann sowie **Herr Pilgrim** nahmen an der Beratung und auch der Abstimmung nicht teil. Sie verließen zu Beginn des Tagesordnungspunktes den Saal.

Der Rat der Stadt Burgdorf fasste mit 25 Ja-Stimmen folgenden Beschluss:

„Gem. § 23 Abs. 3 NSpG wird dem Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Burgdorf aufgrund des Prüfungsergebnisses zu dem Jahresbericht 2008 durch den Nds. Sparkassen – und Giroverband und aufgrund der Empfehlung der Sparkassenaufsichtsbehörde Entlastung erteilt.“

7. **Erstellung eines kommunalen Klimaschutz-Aktionsprogramms (KAP)**
Vorlage: 2009 0561
-

Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf fasste einstimmig den zu c) der Vorlage 2009 0561 formulierten Beschluss.

8. **Aufhebung der Satzung über den Schutz der Landschaftsbestandteile vom 11.02.1982 (LB-H 1) - Bezugsvorlage 2009 0523**
Vorlage: 2009 0570
-

Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf fasste einstimmig den zu c) Nr. 1 und 2 der Vorlage 2009 0570 formulierten Beschluss.

9. **Überplanmäßige Ausgabe, Zahlung von Gastschulbeiträgen**
Vorlage: 2009 0557
-

Der Rat der Stadt Burgdorf fasste einstimmig folgenden Beschluss:

„Der Rat der Stadt Burgdorf stimmt gemäß § 40 Abs. 1 Ziff. 8 und § 89 Abs. 1 NGO der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe bei

der Haushaltsstelle 28100.672000 in Höhe von 24.293,00 € zu“ .

**10. Überplanmäßige Ausgabe Wohngeld
Vorlage: 2009 0578**

Herr Morich erklärte, die Erhöhung des Wohngeldes komme vielen Familien der Stadt Burgdorf zugute. Er verweise in diesem Zusammenhang auf eine von ihm gegründete Initiative „Kein Wohngeld verschenken“.

Herr Alker gab zu bedenken, dass der Antrag einen erheblichen Anstieg an Wohngeldbewilligungen beinhalte. Hieraus lasse sich auch ein Rückschluss auf den Zustand der Gesellschaft ziehen. Herr Alker gab diesbezüglich einige Informationen zu von ihm durchgeführten Recherchen zu diesem Themenbereich. Abschließend regte Herr Alker an, diese Problematik in den Fachausschüssen intensiver zu beraten.

Der Rat der Stadt Burgdorf fasste einstimmig folgenden Beschluss.

„Der Rat der Stadt Burgdorf stimmt gemäß § 40 Abs. 1 Ziff. 8 und § 89 Abs. 1 NGO der Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe bei der Haushaltsstelle 48800.788000. (Miet- und Lastenzuschüsse) in Höhe von 250.000,00 € zu“.

**11. Abrechnung von straßenbaulichen Maßnahmen - Aufwandspaltung
(Teileinrichtung) / Abschnittsbildung
Vorlage: 2009 0564**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf fasste einstimmig den zu Ziffer 2 der Vorlage 2009 0564 formulierten Beschluss.

**12. Berichtswesen:
hier: Unterrichtung des Rates über Verträge mit Rats-, Ortsrats- und
sonstigen Ausschussmitgliedern sowie dem Bürgermeister
und
Geschäfte der laufenden Verwaltung
Vorlage: 2009 0577**

Herr Rohde schlug vor, dass die Unterrichtung des Rates über Verträge mit Rats-, Ortsrats- und sonstigen Ausschussmitgliedern sowie dem Bürgermeister über die Geschäfte der laufenden Verwaltung nur noch beraten werden solle, wenn ein konkretes Vorkommnis zu verzeichnen sei.

Herr Baxmann erklärte, auch wenn regelmäßig Fehlanzeige durch die Verwaltung gemeldet werde, handele es sich bei dieser Vorlage gleichwohl um ein Instrument der Kontrolle und der Transparenz, auf das man nicht verzichten sollte.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf nahm die Vorlage 2009 0577 zur Kenntnis.

13. **Erarbeitung eines Konzeptes zur Fortentwicklung des Radwegenetzes in der Stadt Burgdorf**
- Antrag der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf vom 19. Juli 2009
-
Vorlage: 2009 0566
-

Herr Lüddecke nahm Bezug auf den Antrag der FDP-Fraktion vom 18.07.2009 hinsichtlich der Erstellung eines Konzeptes zur Fortentwicklung des Radwegenetzes der Stadt Burgdorf und erläuterte diesen. Durch die Verwaltung solle ein Gesamtkonzept erarbeitet werden, welches im Ausschuss für Umwelt und Verkehr beraten und diskutiert werden solle.

Frau Meinig begrüßte den Antrag der FDP-Fraktion. Sie wolle aber gleichzeitig den Radweg nach Großmoor in Erinnerung bringen.

Herr Baxmann wies darauf hin, dass durch die Stadt Burgdorf bereits vor Jahren ein Radwegekonzept beschlossen worden sei. Dieses Konzept werde auch regelmäßig fortgeschrieben.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Burgdorf beschloss einstimmig, den Antrag der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Burgdorf zur Beratung in den Ausschuss für Umwelt und Verkehr zu überweisen.

Einwohnerfragestunde

(Nach Ende der Tagesordnung im Öffentlichen Teil)

Die Fragen und Antworten sind dem Protokoll als Anlage 6 beigefügt.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer

